

(Staatsminister Dr. Koch.)

(A) Ihrer Mitte der Eintritt in das Ministerium ermöglicht werden. Meine Herren! Infolgedessen erachtet sich das Gesamtministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung einstweilen als unvollständig, und es würde, wenn es jetzt eine programmatische Erklärung abgeben würde, den künftigen Mitgliedern vorgreifen.

(Abgeordneter Gleißberg: Sehr richtig!)

Das liegt ihm aber aus Gründen der Loyalität selbstverständlich fern, und ich werde mich deshalb auf die gesetzestechnische Vertretung der Vorlage beschränken.

Meine Herren! Das Gesetz bietet dem Verständnis keinerlei Schwierigkeiten. Artikel I ermöglicht künftighin den Eintritt von Staatsministern ohne Departement oder, wie man wohl auch sagt, ohne Portefeuille in das Gesamtministerium. Der Artikel II ändert die bisherigen Bestimmungen, nach denen der Eintritt in das Ministerium das Erlöschen der Mitgliedschaft in den Kammern für Mitglieder dieser Kammern zur Folge hatte. Der Artikel III bestimmt näher die Rechtsstellung, welche die künftigen Minister ohne Departement haben, und Artikel IV soll das sofortige Inkrafttreten ermöglichen, damit die weiteren Geschäfte der Neuordnung in den Hohen Häusern des Landtages und im Staatsrate keine Verzögerung erfahren.

(B) Meine Herren! Leider hat sich in die Begründung ein Redaktionsversehen eingeschlichen, das ich Sie zu berichtigen und das ich Sie zu entschuldigen bitte. Es ist in dem Beschluß des Staatsrates, der übrigens in der Presse zutreffend wiedergegeben war, hier insofern ein Irrtum enthalten, als die gesperrt gedruckten Worte unter Ziff. 1 zu streichen sind, nämlich „daß eine Vermehrung der Ministerialdepartements angängig wird“. Sie sind vom Staatsrate nicht beschlossen worden, vielmehr hat der Staatsrat sich gerade darüber die Entscheidung für künftige Sitzungen vorbehalten.

Ich bitte, das in der Vorlage zu berichtigen, und bitte im übrigen namens der Staatsregierung um Annahme des Gesetzentwurfs.

(Bravo! in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Brodauf.

Abgeordneter Brodauf: Meine Herren! Ich beantrage

1. das Dekret Nr. 44 unter Abstandnahme von Bestellung eines Berichterstatters und Mitberichterstatters sogleich in Schlußberatung zu nehmen,
2. den vorgelegten Gesetzentwurf nebst Überschrift, Eingang und Schluß unverändert nach der Vorlage anzunehmen.

Ich stelle diesen Antrag nicht bloß für meine politischen Freunde, sondern zugleich im Namen der Herren der nationalliberalen und der sozialdemokratischen Fraktion, und ich bemerke noch, daß sich meine politischen Freunde im gegenwärtigen Augenblicke jeder Begründung der Zustimmung zu der Vorlage enthalten, weil wir ja in nächster Woche eine politische Debatte haben werden.

Präsident: Es ist der Antrag gestellt worden, das vorliegende Dekret sofort in Schlußberatung zu nehmen.

Wird dieser Antrag unterstützt? — Hinreichend.

Wollen Sie dementsprechend beschließen?
Gegen 3 Stimmen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sindermann.

Abgeordneter Sindermann: Wir begrüßen die Vorlage der Regierung als den Anfang einer Neuordnung, welche im weiteren Verlaufe der Verhandlungen zu einer vollständigen Demokratisierung nicht nur des deutschen, sondern auch des sächsischen Volkes führen muß. Wir haben uns in der schwersten Zeit, die das Vaterland durchzumachen hat, bereitwillig zur Verfügung gestellt. Wir wollen nicht abseits stehen, weil es jetzt in der nächsten Zeit gilt, große Aufgaben zu lösen, und weil das Elend des Volkes mit allen seinen Begleiterscheinungen an uns herantreten wird. Wir wollen an der Lösung dieser Fragen, die uns den nächsten Wochen noch beschäftigen werden, tätigen Anteil nehmen und wollen dadurch die Verantwortung mit für das tragen, was die sächsische Staatsregierung in der nächsten Zeit tun wird. Ich hoffe aber selbstverständlich, daß die Gründe, die uns zu der Mitarbeit in erster Linie geführt haben, gewürdigt werden von dem ganzen Hause. Es ist nicht die Sucht, irgendwelche Regierungsstellen einzunehmen, sondern nur einzig und allein der Wunsch, die Verantwortung der gesamten Regierung mit zu tragen in dem Sinne, daß die Demokratisierung und Parlamentarisierung in der nächsten Zeit vollständig durchgeführt wird.

Meine Herren! Da muß ich auf eins zu sprechen kommen, was uns diese Aufgabe ungemein erschwert. Es sind von verschiedenen Generalkommandos in der letzten Zeit, vom Generalkommando Leipzig unterm 23. Oktober d. J., Befehle erlassen worden, die der Bevölkerung gewissermaßen drohen, in allererster Linie den Soldaten, die sich bei Volksansammlungen beteiligen, die die schwersten Zuchthausstrafen in Aussicht stellen und Maschinengewehre dem arbeitenden Volke androhen. Es ist selbstverständlich, daß das in erster Linie — ich betrachte es wenigstens so — eine Desavouierung,